

Weite Horizonte sind gefragt

Effizientere Bodennutzung hängt nicht nur vom Baurecht ab. Von Paul Schneeberger

Mit der Einhelligkeit von Bund und Kantonen hinsichtlich des rechtlichen Rahmens für die Raumentwicklung in der Schweiz ist es vorbei. Nicht, dass man sich nicht mehr einig wäre über die Zielsetzung, dass der knappe Boden im kleinen Land mit der immer grösseren und wohlhabenderen Bevölkerung grundsätzlich effizienter zu nutzen ist. Zankapfel ist der Entwurf der Verordnung, mit der die Umsetzung des verschärften Raumplanungsgesetzes konkretisiert werden soll. Die Kantone sehen die von der Bundesverfassung vorgegebene Arbeitsteilung infrage gestellt, gemäss der die Kompetenz in der Raumplanung bei ihnen liegt und der Bund nur den Rahmen dafür vorgibt.

Die Kantone bemängeln unter anderem, die Verordnung sei zu detailliert, führe zu einer übermässigen Bürokratie und überfordere die Amtsstellen quantitativ. Anlass zu Kontroversen werden auch die Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung bieten, die den Einzonungen zugrunde gelegt werden, sowie die Fristen für die Auszonung von Bauzonen dort, wo diese grösser sind als der Bedarf dafür in den kommenden 15 Jahren. Sosehr die Debatte über Paragraphen nötig ist: Nicht zu vergessen ist darob aber, dass das Ziel, künftig weniger Boden zu verschwenden, nicht allein vom Baurecht abhängt und von den Grenzen, die dieses setzt.

Mindestens ebenso viel Wirkung entfalten politische Vorstösse und direktdemokratische Entscheide, wie sie innerhalb der eng gezogenen politischen Grenzen in unserem föderalistischen Staat verstärkt isoliert lanciert oder gesetzt werden. Ob es um Bau- und Zonenordnungen in Kernstädten wie Zürich geht, die darauf abzielen, möglichst alles so zu belassen, wie es ist; ob es um Postulate in Vorstädten wie Emmen geht, die darauf abzielen, überhaupt nicht mehr zu wachsen; ob es um kantonale Kulturlandinitiativen geht, wie sie in Zürich eine Mehrheit fanden und anderswo erst lanciert werden; ob der Bund bei den Verkehrswegen mit der grossen Kelle anrichtet: All das entfaltet Wirkungen im Raum, und zwar nicht in Richtung der angestrebten baulichen Konzentration.

Immer weiter ins Land ausgreifender Siedlungsbrei und immer längere Pendlerdistanzen werden die Folge sein. Lokale und kantonale Plafonierungen stoppen das Wachstum nicht, sie verlagern es einfach. In diesem Sinne wären Weitungen der politischen Horizonte auf allen staatlichen Stufen das beste Mittel, um einen wirklich effizienten Umgang mit dem Boden zu erreichen.

Das Engagement der USA

Zwanzig Jahre nach dem Abkommen von Oslo finden in beeindruckender Verschwiegenheit wieder direkte und offizielle Gespräche zwischen Vertretern der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde statt. Zwar überwiegt allgemein Pessimismus. Dabei gibt es Grund zu vorsichtigem Optimismus. Der amerikanische Präsident Obama scheint hinter den Verhandlungen zu stehen, und Palästinenserpräsident Abbas ist nach Aussagen vieler zu einem Abkommen entschlossen. Vor allem jedoch ist Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu in einer seit Jahren nicht gekannten starken und flexiblen innenpolitischen Position. Wenn er wirklich zu historischen Schritten entschlossen ist, dann könnten die Verhandlungen erfolgreich sein.

Die Nahost-Verhandlungen sind schwierig. Es gibt fünf Politikfelder, die gewöhnlich als Kernkonflikte verstanden werden. 1. Die Frage der Flüchtlinge von 1948; 2. die Grenzen des neuen palästinensischen Staates; 3. der Status Jerusalems; 4. die

Keine Tabus in der Klimapolitik

Die CO₂-Emissionen steigen weiter an. Neben der Anpassung an den Klimawandel müssen Notfallmassnahmen wie das Geo-Engineering erörtert werden. Von Markus Hofmann

Es gibt eine schlechte und eine weniger schlechte Nachricht. Zuerst die weniger schlechte: 2013 ist der Ausstoss des Treibhausgases Kohlendioxid nicht so stark angestiegen wie in den Jahren zuvor. Verzeichnete man in den vergangenen Jahren im Schnitt einen Anstieg von rund 3 Prozent, rechnet man gemäss dem «Global Carbon Project» dieses Jahr mit einem Plus von 2,1 Prozent. Nun die schlechte Nachricht: Die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger und der Zementproduktion haben einen neuen Höchststand erreicht: 2013 werden sie voraussichtlich auf 36 Milliarden Tonnen steigen. Im Vergleich zu 1990 sind sie um rund 60 Prozent gewachsen.

Zwar gibt es einige Entwicklungen, die in eine bessere Richtung weisen, wie der Ersatz von Kohlekraftwerken durch weniger klimaschädliche Gaskraftwerke in den USA oder der Zubau von Wasserkraft in China. Eine baldige Trendumkehr beim Treibhausgasausstoss ist aber nicht zu erkennen. Nur wenn der «peak» rasch erreicht wird und die Treibhausgasemissionen danach zügig sinken, ist das Ziel zu schaffen, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu beschränken und damit eine gefährliche Störung des Klimasystems zu vermeiden.

Massnahmen jetzt anpacken

Eines der wichtigsten Foren, an dem über den weiteren Verlauf der Emissionen entschieden wird, ist die Klimakonferenz der Uno. In diesen Tagen treffen Minister und andere hohe Staatsbeamte aus über 190 Ländern in Warschau ein, wo die Konferenz dieses Jahr tagt. Bis zum Wochenende werden die Politiker um ein Schlusspapier ringen, das zumindest ihren guten Willen belegen soll, etwas gegen den menschengemachten Klimawandel zu tun. Bahnbrechendes ist nicht zu erwarten. Erst 2015 soll ein neues Klimaabkommen verabschiedet werden, das 2020 in Kraft treten und alle Länder zu Klimaschutzmassnahmen verpflichten soll.

Wie der neue Vertrag inhaltlich aussieht, steht in den Sternen. Und auch wenn für kommendes Jahr ranghohe Treffen anberaumt sind, um die wichtige Klimakonferenz von 2015 vorzubereiten, sehen die Aussichten für ein wirkungsvolles Abkommen nicht rosig aus. Wir müssen also weiterhin mit hohen Treibhausgasemissionen rechnen und tun daher gut daran, uns auf eine durch den Klimawandel veränderte Welt einzustellen.

Arrangements zur Gewährleistung der Sicherheit Israels; 5. die Anerkennung Israels als jüdischer Staat. In allen sind die Differenzen noch immer erheblich; einige meinen: unüberbrückbar.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass diplomatische Durchbrüche in Nahost möglich sind, wenn drei Faktoren zusammenkommen: Eine günstige regionale Grosswetterlage ist hilfreich; eine aktive Rolle der USA als Vermittler ist ab einem gewissen Zeitpunkt notwendig; die Entschlossenheit der regionalen Politiker, Frieden zu schliessen, ist essenziell. Durchbrüche waren immer das Ergebnis politischer Führung, wobei die Akteure in aller Regel hohe persönliche Risiken in Kauf nahmen.

Es gehört Optimismus dazu, angesichts des syrischen Krieges, des iranischen Atomkonflikts und der ägyptischen Krise günstige Umstände auszumachen. Immerhin bindet der Syrien-Krieg aber die Kräfte des libanesischen Hizbullah, und auch die Hamas in Gaza steht unter Druck. Positiv ist auch, dass die Arabische Liga ihr Friedensangebot von 2002 im April 2013 erneuert und erweitert hat. Die Unterstützung der arabischen Staaten ist für Abbas essenziell – besonders mit Blick auf Jerusalem. Die gegenwärtige regionale Lage steht einem Nahost-Abkommen somit zumindest nicht im Weg.

Für die USA hat Aussenminister John Kerry unmittelbar nach seinem Amtsantritt eine neue Dynamik entfacht. Es ist sein persönliches Verdienst, dass zum ersten Mal seit drei Jahren wieder direkte Gespräche zwischen den Konfliktparteien stattfinden. Unklar ist jedoch in Washington, ob Präsident Obama wirklich fest hinter den Verhand-

Viele Staaten arbeiten daran, wie sie sich an mögliche Auswirkungen der Klimaveränderung anpassen können. Die Schweiz nahm eine Bestimmung ins neue CO₂-Gesetz auf, die die Massnahmen zur Vermeidung und Bewältigung von Schäden regelt, «die sich als Folge der erhöhten Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre ergeben können». Anpassungsstrategien zu erstellen und das für die Umsetzung notwendige – viele – Geld zu öffnen, ist zeitaufwendig. Wenn man jetzt damit beginnt, kommt man keinen Moment zu früh.

Drastische Eingriffe ins Klimasystem

Doch neben der Anpassung braucht es einen Notfallplan. Steigen die Emissionen unaufhaltsam an, könnten sich drastische Eingriffe in die Umwelt aufdrängen, um die Erwärmung der Erde wieder auf ein erträgliches Niveau zu senken. Unter dem Begriff Geo-Engineering wird über die bewusste Manipulation des Klimasystems debattiert. Zwei Varianten bringen Wissenschaftler ins Spiel: Entweder man entzieht der Atmosphäre Kohlendioxid. Oder man verringert die Sonnenstrahlung, die auf der Erde eintrifft. Für beide Ansätze sind verschiedene Methoden denkbar, zum Beispiel die Düngung der Meere mit Eisen oder das Einbringen von Schwefelteilchen in der Stratosphäre.

Bei vielen läutet die Alarmglocke, wenn sie das Wort «Geo-Engineering» nur schon hören. Durchaus zu Recht. Denn die Risiken solcher Eingriffe sind weitgehend unerforscht. Auch ist nicht bestimmt, wer – ein Staat, die Uno, Fachexperten? – über einen Geo-Engineering-Einsatz bestimmen darf, dessen Auswirkungen die ganze Welt betreffen würden. Manche wollen die Geo-Engineering-Forschung zum Tabu erklären, da sie befürchten, diese würde die Staaten davon abbringen, sich um die Reduktion von Treibhausgasemissionen zu kümmern. Doch das muss nicht der Fall sein – im Gegenteil. Je mehr man sich mit Geo-Engineering befasst, desto mehr wird sich die Öffentlichkeit der Klimagefahren bewusst, die derart tiefgreifende Massnahmen notwendig machen könnten.

Sich ernsthaft um Notfallmassnahmen zu kümmern, heisst nicht, sich von der Emissionsvermeidung zu verabschieden. Die Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels bleibt vordringlich. Ebenso notwendig ist es aber, sich auf weitere schlechte Nachrichten vorzubereiten.

Unabhängigkeit neu definieren

Die externen Vermögensverwalter müssen andere Wege finden. Von Peter A. Fischer

Es ist bloss eine kleinere Transaktion, aber gleichzeitig wohl das erste sichtbare Zeichen eines grösseren Wandels. Der unabhängige Vermögensverwalter WM Partners lässt sich von der Julius-Bähr-Gruppe übernehmen, welche ihren unabhängigen Vermögensverwalter Infidar in die Firma überführt und deren eigenständige Leitung in den Händen der bisherigen WM Partners belässt. Damit entsteht ein Akteur, der für die in der Schweiz sehr kleinteilig operierende Branche verhältnismässig gross ist, als Vermögensverwalter mit rund 50 Mitarbeitern und verwalteten Vermögen von 4 Mrd. Fr. allerdings immer noch eher klein wirkt.

Unter der Oberfläche ist das Geschäftsmodell der unabhängigen Vermögensverwalter gleich mehrfach unter Druck geraten. Es bestand bisher darin, sich bankunabhängig der Vermögenssituation einiger weniger Kunden umfassend anzunehmen. Doch seit der Finanzkrise wachsen die regulatorischen Anforderungen stetig, was einen immer höheren bürokratischen Aufwand und mehr Fixkosten generiert. Die absehbare Einführung eines EU-Vorschriften äquivalenten Finanzdienstleistungsgesetzes in der Schweiz droht den Aufwand nochmals deutlich zu steigern. Retrozessionen, auf welche sich manche Berater bisher verlassen haben, sind als Einnahmequelle in Verruf geraten, und Steuervermeidung sollte mit der «Weissgeldstrategie» kein Performance-Argument mehr sein.

Es wird deshalb je länger, je weniger genügen, bloss mit der Unabhängigkeit zu werben und Klienten an Veranstaltungen einzuladen. Kunden werden genauer wissen wollen, wie ihr Vermögen bedürfnisgerecht und professionell verwaltet wird und was sie das kostet. Dass unabhängige Vermögensverwalter alles alleine machen, wird dabei kaum überzeugen. Fusionen wie die von WM Partners oder Zweckgemeinschaften, in welche zentrale Dienstleistungen ausgelagert werden, können helfen, Fixkosten zu bewältigen, Marktzugang zu ausländischen Kunden und Märkten zu sichern und spezialisiertere Dienstleistungen anzubieten. Berater werden sich künftig wohl auf einzelne Märkte oder bestimmte Kenntnisse beschränken müssen, um echten Mehrwert bieten zu können.

Unabhängigkeit kann ihren Wert behalten und guter Rat womöglich sogar noch teurer werden. Doch steht die Branche sehr wahrscheinlich vor einer Konsolidierung, die nicht nur äusserem Druck geschuldet ist und einige Jobs kosten wird, sondern sie letztlich auch besser und stärker machen wird.

Frieden in Nahost – eine Frage der Führung

Die Chancen für einen Durchbruch im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern stehen nicht so schlecht, wie es von aussen aussieht. Palästinenserpräsident Abbas scheint zu einem Abkommen entschlossen. Der Ball liegt beim israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu, der sich innenpolitisch in einer guten Ausgangslage befindet. Von Martin Zapfe

Derzeit ist die Debatte um die Zukunft des Nahen Ostens auf drei Fragen konzentriert: Wie kann der syrische Bürgerkrieg beendet werden? Wird der Konflikt um das iranische Atomprogramm gelöst? Was bleibt vom «arabischen Frühling»? Im Schatten dieser Themen könnten sich jedoch Fortschritte an unerwarteter Stelle ergeben: im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern.

Das Engagement der USA

Zwanzig Jahre nach dem Abkommen von Oslo finden in beeindruckender Verschwiegenheit wieder direkte und offizielle Gespräche zwischen Vertretern der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde statt. Zwar überwiegt allgemein Pessimismus. Dabei gibt es Grund zu vorsichtigem Optimismus. Der amerikanische Präsident Obama scheint hinter den Verhandlungen zu stehen, und Palästinenserpräsident Abbas ist nach Aussagen vieler zu einem Abkommen entschlossen. Vor allem jedoch ist Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu in einer seit Jahren nicht gekannten starken und flexiblen innenpolitischen Position. Wenn er wirklich zu historischen Schritten entschlossen ist, dann könnten die Verhandlungen erfolgreich sein.

Die Nahost-Verhandlungen sind schwierig. Es gibt fünf Politikfelder, die gewöhnlich als Kernkonflikte verstanden werden. 1. Die Frage der Flüchtlinge von 1948; 2. die Grenzen des neuen palästinensischen Staates; 3. der Status Jerusalems; 4. die

lungen steht. Nur wenn sein persönliches Engagement ausser Frage steht, werden die Parteien über bloss prozedurale Rituale hinausgehen. Obamas öffentliche Aussagen sind jedoch ermutigend.

Netanyahus starke Position

Bleiben die politischen Führer vor Ort. Palästinenserpräsident Abbas will nach allen Aussagen eine Einigung, und er will sie bald, denn – wie er selber sagt – sogar in seinem engsten Umfeld nimmt die Unterstützung für ein Zwei-Staaten-Abkommen ab. Was er akzeptieren kann, müsste über den beiden letzten israelischen Angeboten von Ministerpräsident Barak im Jahr 2000 und von Ministerpräsident Olmert 2008 liegen. Es stellt sich jedoch vor allem die Frage der Umsetzung in den eigenen Reihen und gegenüber der Hamas in Gaza. Hier wird Abbas alle Unterstützung des Westens und Europas benötigen.

Entscheidend ist Benjamin Netanyahu. Der jahrelang als amerikanischer Chefunterhändler tätige Dennis Ross beschrieb ihn einst als «auf zwei Beinen gehend»: Das eine gehört dem Staatsmann, der zu historischen Schritten für sein Land entschlossen ist. Das andere ist jenes des Politikers, der als oberstes Gebot den festen Stand in der eigenen, rechten Machtbasis sieht. Bisher war mit diesen Beinen keine Bewegung möglich. Netanyahu ist jedoch in einer seit Ministerpräsident Yitzhak Rabin nicht mehr gekannten starken Position: Erstens steht er nicht im Verdacht, Israels Sicherheit leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Zweitens ist er in

den USA hervorragend vernetzt – auch wenn sein Verhältnis zu Präsident Obama konfliktbeladen bleibt. Aber vor allem verfügt er drittens über einen innenpolitischen Handlungsspielraum, der es ihm ermöglicht, ein Abkommen über den Status Palästinas zu besiegeln und durchzusetzen. Zwar würde jedes Abkommen mit den Palästinensern wohl den Bruch der gegenwärtigen Koalition bedeuten. Die Knesset bietet Netanyahu jedoch andere Optionen für eine «Friedenskoalition» mit komfortabler Mehrheit – wenn er es denn will.

Der israelische Ministerpräsident hat sich wiederholt deutlich gegen eine dauerhafte Besetzung des Westjordanlandes und für einen palästinensischen Staat ausgesprochen. Beobachter hoffen, dass er jetzt ein Abkommen erzwingen will – entweder, um sein politisches Erbe zu sichern, oder, im Gegenteil, um eine neue Machtbasis in der rechten Mitte des Landes aufzubauen. Skepsis ist weiterhin angebracht; die Verhandlungen sind offenbar in einer schwierigen Phase. Aber wenn Netanyahu bereit ist, auf «beiden Beinen» laufen zu lernen, wenn er wirklich entschlossen ist, ein Endstatusabkommen mit den Palästinensern zu erzielen, ist er in einer historisch guten Position. Niemand habe je Geld verloren, wenn er gegen Frieden in Nahost wette, sagt ein Bonmot. Aber vielleicht verbessern sich die Chancen auf einen Durchbruch in Nahost momentan. Es liegt an Benjamin Netanyahu.

Martin Zapfe ist Politikwissenschaftler und leitet das Team «Globale Sicherheit» im Think-Tank des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.